

Danziger Zeitung.

№ 10244.

Die "Danziger Zeitung" erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition Letterhagergasse Nr. 4 und bei allen Kaiserlichen Postanstalten des In- und Auslands angenommen. — Preis pro Querblatt 450 A. durch die Post bezogen 5 A. — Extrafeine Loden für die Petitsseide oder deren Stamm 20 A. — Die "Danziger Zeitung" verneidet Interessantheit an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1877.

Königlich Preussische Lotterie.

Bei der am 13. d. M. fortgesetzten Ziehung der vierten Klasse der 155. Preussischen Lotterie stehen: 1 Gewinn zu 30 000 A. auf Nr. 38 508. 1 Gewinn zu 6000 A. auf Nr. 46 376.

50 Gewinne zu 3000 A. auf Nr. 435 1282 2366
2927 12 275 15 354 15 905 16 192 19 706 20 647
20 976 27 294 30 231 34 875 40 376 43 861 43 988
46 994 47 159 50 859 55 166 55 557 56 540 59 090
59 169 59 180 59 933 61 049 63 011 63 160 64 548
65 972 68 106 68 904 71 764 72 404 72 458 73 485
74 312 77 123 77 329 83 022 83 955 85 397 86 129
87 195 87 238 87 376 88 229 88 942.

57 Gewinne zu 1500 A. auf Nr. 2071 4594 7758
10 302 10 571 10 653 11 828 12 479 15 047 15 753
18 488 18 702 23 179 24 546 26 768 29 447 33 238
35 997 36 692 42 805 44 905 45 413 47 196 52 603
66 058 57 779 58 048 60 628 62 797 63 700 64 075
65 642 66 797 68 093 68 610 69 179 69 510 71 262
71 520 71 612 71 632 71 842 72 367 73 417 75 394
76 122 76 767 78 704 79 002 79 036 85 676 88 121
89 310 90 971 93 293 93 574 94 178.

62 Gewinne zu 600 A. auf Nr. 1684 3577 4018
5796 6187 8220 8532 8604 8837 8927 11 680 12 011
15 396 17 682 19 286 21 292 21 664 22 650 22 757
22 867 24 179 25 542 27 493 27 981 28 133 28 612
29 403 29 998 32 352 34 811 36 699 39 112 40 616
43 528 44 129 46 588 49 676 51 771 52 232 52 559
54 452 57 586 59 629 62 145 63 551 64 979 68 549
69 358 69 565 70 130 73 707 74 633 78 822 80 229
80 830 82 395 83 126 86 390 92 132 93 965 94 775
94 862.

Telegramme der Danziger Zeitung.

London, 14. März. Die Berathung des Ignatissischen Vorschlags wurde in der gestrigen Konferenz nicht beendet, aber alle Morgenblätter stimmen in der Ansicht überein, es sei gegründete Ansicht auf Englands Beitritt. (Daily Telegraph), hört, daß der Vorschlag im Principe angenommen sei. "Times" erklärt, niemals sei ein wichtigerer Vorschlag gemacht worden; wenn durch seine Annahme ein Aufgeben der russischen Pläne erreicht sei, so existiere kein zwingender Grund zur Ablehnung. Er verpflichtet England zu nichts gegen die Türkei und gewähre der Türkei eine Gnadenfrist.

Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

London, 13. März. Die Ernennung

des schmalen zum Botschafter in Paris

offiziell gemeldet. — Wie es heißt,

der Pasha zum Präsidenten des Senats ernannt. — Die häßlichsten türkischen Journale fahren fort, jede Gebietsabtretung der Pforte an Montenegro zu befürchten. Die Geschäftsträger der Gräfenhöfe, insbesondere derjenige der englischen Regierung, sind bemüht, zwischen der Pforte und den montenegrinischen Delegirten ein Einvernehmen herzustellen.

London, 13. März. Wie das "Neuter'sche Bureau" meldet, ist der Friedensschluß zwischen Secoceni und der Transvaalrepublik, unter der Bedingung der Anerkennung der Souveränität der letzteren und der Zahlung einer Kriegsentschädigung seitens Secocoenii erfolgt.

Washington, 13. März. Die Minister der auswärtigen Angelegenheiten und des Innern bereiten Gesetzentwürfe vor, betreffend die Reorganisation ihrer Departements. — Die demokratische Legislatur von Louisiana hat in einer Resolution beschlossen, die von dem Präsidenten Hayes in seiner Inaugurationsrede dargelegte Politik zu unterstützen. — Der Senator Cameron hat seine Entlassung genommen.

Malta, 12. März. Prinz Karl und Prinzessin Elisabeth von Preußen sind, von Catania und Syrakus kommend, mit der königlich italienischen Dampfacht "Messaggero" zu dreitägigem Aufenthalte hier eingetroffen.

Reichstag.

8. Sitzung vom 13. März.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Interpellation des Abg. v. Komorowski: "Der Redakteur der "Kurier Poznański", Dr. Kantecki, befindet sich seit dem 27. November 1876 in Haft beim Kreisgerichte zu Posen, die Inhaftierung erfolgte und dauert fort, weil Dr. Kantecki in Folge einer Requisition des Oberpostdirectors zu Bromberg, zur zengemeindlichen Vernehmung darüber aufgefordert, vor welcher Person ihm die Mittheilung über den Inhalt der vom Oberpostdirector zu Bromberg in Nr. 213 des "Kurier Poznański" vom 19. September 1876 erwähnten, die Beschlagnahme von Briefen des Cardinal Erzbischofs Grafen Ledochowski betreffenden Verfügung angegangen ist, zwar bezeugt und bezeichnet hat, daß ihm diese Nachricht nicht von einem Postbeamten zugegangen ist, sonst aber sich geweigert hat, die betreffende Person zu bezeichnen. Der Unterzeichnete erlaubt sich den Reichstanzler zu fragen: 1) Ist der vorliegende Fall zur Kenntnis des Reichstanzlers gelangt? 2) Ist der Reichstanzler geneigt, geignete Maßnahmen zu Gunsten des inhaftierten Dr. Kantecki zu treffen?"

Der Interpellant stellt den bekannten Sachverhalt nochmals dar und beweist auf die Verhandlungen im preußischen Abgeordnetenhaus, in denen man das Verfahren gegen Dr. Kantecki als ein materielles Unrecht bezeichnete ohne Widerspruch von irgend einer Seite des Hauses. Man habe den Redner, aber damals von hervorragender Seite an den Reichstag verwiesen, wohin die Interpellation ihrem Wesen nach gehörte. In den letzten Tagen ist der Bescheid des Obertribunals erfolgt; Redner will sich auf eine Kritik desselben nicht einlassen, weil man ja auf die Entscheidungen des höchsten Gerichtshofes ein so bedeutendes Gewicht legt. Das von der Oberpostdirection in Bromberg angestrebte Verfahren trägt um so mehr den Stempel der Unbill, als man das Verfahren nicht eingestellt habe, nachdem Dr. Kantecki be-

schworen, die Verfügung nicht von einem Postbeamten erhalten zu haben. Außerdem liegt die Erklärung des Abg. Liebknecht vor, daß die Verfügung im "Vorwärts" bereits vorher erschienen sei. Falls die Person, welche die Verfügung dem Redakteur mittheilt, bekannt würde, was würde erfolgen? Es würde gegen dieselbe, wenn es ein Postbeamter ist, ein Disciplinarverfahren eingeleitet werden, welches mit einer Ordnungsstrafe oder im schlimmsten Falle mit der Entlassung abschließen würde. Vorläufig fehlt aber ein jeder Anhalt zu einem solchen Disciplinarverfahren, denn nach dem Ende des Redakteurs ist der Mittbeileiter der Verfügung nicht ein Postbeamter. Nach den Verhandlungen im Abgeordnetenhaus könnte man wohl annehmen, daß die Sache zur Kenntnis der Reichsregierung gelangt sei. Was soll man nur dazu sagen, daß man in solcher Weise das öffentliche Urteil missachtet und die Pein des Inhaftirten absichtlich noch verlängert. Fast könnte man auf den Gedanken kommen, daß man so verfährt, weil es sich nur um einen polnischen Redakteur handelt. Redner spricht schließlich die Hoffnung aus, daß man durch Zurücknahme der Requisition, wenn auch in letzter Stunde, das geschehene Unrecht mildere und derartige Fälle für die Zukunft unmöglich mache. (Beifall.)

Präsident Hofmann: Auf die erste Frage der Interpellation habe ich zu erwiedern, daß der vorliegende Fall zur amtlichen Kenntnis des Reichstanzlers erst durch diese heutige Interpellation gelangt ist. (Hört! hört! Große Unruhe.) Auf die zweite Frage habe ich zu erwiedern: Soweit es sich um die Thätigkeit der Gerichte handelt, versteht es sich von selbst, daß der Reichstanzler nicht in der Lage ist, den preußischen Gerichten Weisungen zu erteilen; soweit aber das Verhalten der Administrationsbehörden, hier der Oberpostbehörde, in Betracht kommt, ist es nicht die Ansicht des Reichstanzlers, dem pflichtmäßigen Ermessens der zuständigen Behörde rücksichtlich der Frage vorzugreifen, was zur Aufrechterhaltung der Disciplin notwendig sei. (Bravo! rechts. Widerspruch und lebhafte Unruhe.)

Abg. v. Schorlemer-Alst: Ich hätte in der That, und mit mir wohl das ganze Haus, von dem Präsidenten des Reichstanzleramtes auf diese Interpellation eine andere Antwort erwartet (Sehr wahr!), eine Antwort, die einem Verfahren ein Ende gemacht hätte, welches wahrlich dem deutschen Reiche auch in den Augen des Auslandes nicht zur Ehre gereicht. Wenn der Präsident des Reichstanzleramtes erläutert, es sei der Vorgang bis heute gar nicht zur amtlichen Kenntnis des Reichstanzlers gelangt, so ist es doch zunächst mehr als außergewöhnlich, daß die Unterbeamten des Reichstanzlers nicht dafür sorgen, daß er in Angelegenheiten, die die Geschäfte des deutschen Reiches und des Staates Preußen aufs Tiefste berühren, informiert ist; ich verstehe aber diese amtliche Unkenntnis um so weniger, als der Reichstanzler bekanntlich zugleich Ministerpräsident von Preußen ist (Sehr wahr! Hört!). Und als solcher doch in seiner Person offenbar wissen muss, daß wegen eben dieser Sache im preußischen Abgeordnetenhaus eine Interpellation gestellt und sehr lebhaft diskutiert worden ist. Ich kann daher nur sagen, ich halte diese Angabe des Präsidenten des Reichstanzleramtes für unwahr! (Zustimmung und Beifall.) Wenn er sodann erläutert, der Reichstanzler wolle in die Thätigkeit der Gerichte nicht eingreifen, so möchte ich nur wünschen, daß der Reichstanzler sich auch in anderen Fällen jeder Beeinflussung der preußischen Gerichte enthalte (Sehr wahr! im Centrum); in Uebrigen aber weiß nun aus der gehörten Antwort das ganze Land, welches diese Angelegenheit mit lebhafter Spannung verfolgt, daß dieser empörende Zustand fortdueren und der Dr. Kantecki also sein ganzes Leben lang im Gefängnis eingeschlossen bleibt, weil es der Postbehörde nicht beliebt, den Antrag auf seine Haft zurückzuziehen. Von einer Unabhängigkeit der Gerichte sollte man doch in diesem Falle am allerwenigsten sprechen; es liegt hier im Gegenteil gerade die traurigste Abhängigkeit der Gerichte vor; die Gerichte müssen Handlangerdienste leisten für die tyrannischen Maßregeln der Oberpostbehörde, und wenn diese sich darauf stützt, daß sie gesetzlich zu solcher Maßregel berechtigt sei, so hätte sie doch als eine Reichsbehörde alle Urfache, dafür zu sorgen, daß ein solcher Schandfleck, wie er in diesem Verfahren unserer Vaterland trifft, möglichst bald beseitigt werde. Das Verfahren des Beauftragten konnte nicht schärfer verurtheilt werden als durch die Kritik des Abg. Wehrenpfeiffer, der es bei zweiter Lesung der Justizgesetze als das Verlangen, eine Unanständigkeit zu begehen, brandmarkte. Nach diesem Verfahren hat es jede Verwaltungsbörde geradezu in ihrer Hand, jeden ihr missliebigen Redakteur, der etwas ihr Unangenehmes aus ihrem Revier veröffentlicht hat, durch einen Lettre de cachet sein ganzes Leben lang in's Gefängnis sperren zu lassen. Der Generalpostmeister sieht es so sehr, die Fremdwörter aus der deutschen Sprache zu verbannen; ich möchte ihn dringend bitten, doch vor Allem das Idiom aller Fremdwörter aus seinem Revier und aus seiner Amtsführung zu entfernen, das Wort Absolutismus! (Beifall.)

Präsident v. Forckenbeck: Der Vorredner hat die Aufführung gebraucht, die Antwort des Präsidenten des Reichstanzleramtes sei unwahr! Ich habe das Wort "unwahr" nur deshalb nicht gerügt, weil ich angenommen habe, daß der Redner diesem Worte eine subjective Bedeutung nicht beigelegt hat. Präsident Hofmann: Der Vorredner hat die Aufführung gebraucht, die Antwort des Präsidenten des Reichstanzleramtes sei unwahr! Ich habe das Wort "unwahr" nur deshalb nicht gerügt, weil ich angenommen habe, daß der Redner diesem Worte eine subjektive Bedeutung nicht beigelegt hat.

Präsident Hofmann: Der Vorredner hätte sich sehr wohl sagen können, daß, wenn ich davon gesprochen habe, daß der Reichstanzler erst durch die Interpellation amtliche Kenntnis von dieser Sache bekommen habe, ich von dem Reichstanzler in dieser seiner Eigenschaft gesprochen habe und nicht von dem preußischen Ministerpräsidenten. (Hört! Große andauernde Unruhe.) Generalpostmeister Stephan: Die pflichtmäßigen Maßregeln der Verwaltungsbörde sind keineswegs der Ausdruck eines kleinen Großes gegen ein oppositionelles Zeitungsschiff, auch kein Act des Misswollens gegen unsere politischen Mitbürger, die tapfer in vielen Schlachten an unserer Seite gekämpft haben. Wäre Dr. Kantecki nicht Redakteur eines oppositionellen Blattes, wäre er nicht Katholik und Pole — die Verwaltung und die Gerichte wären ebenso gegen ihn verfahren. Ein Beamter des Oberpostamts Bromberg hat die Pflichten seines Amtes schwer verletzt, hat Vertrüffel und Eidbruch begangen. Er hat eine geheime Verfügung in das feindliche Lager hinübergewählt und dadurch die Justizpflege in diesem Falle vernichtet, denn

ob ein und welcher Beamte überhaupt beteiligt war, und dann erst gegen denselben eine Disciplinar-Untersuchung einzuleiten. Ohne den Streit über die Justizgesetze wieder aufzurufen, kann ich doch sagen, daß wohl Alle in diesem Hause sich freuen, daß der Termin herannahmt, wo eine Praxis, wie die jetzige, in zweierlei Weise unmöglich wird. Nach der Einführung der neuen Justizgesetze wird alles pflichtmäßige Erbrechen der Verwaltungsbörden die Kreisgerichte nicht mehr dazu bringen können, in diesem Hause den Betreffenden länger als ein paar Wochen sitzen zu lassen. Ob die deutsche Justizpraxis bei disciplinaren Vergehen in dem Falle, wo erst herausgebracht werden soll, ob und welches Vergehen vorliegt, überhaupt zum Zeugniszwang übergeben würde, ist mir mindestens zweifelhaft. Zweitens haben wir aber nach Einführung der Justizgesetze den Grundsatz, daß der Richter nicht mehr unbedingt zu folgen hat der Requisition der Verwaltungsbörde, sondern daß die Zeugenvorleistung für den Spezialfall seiner Prüfung unterliegt. Einem muß doch in der Zeit in diesem Fall die Postbehörde in Bromberg mit Anweisungen zu versetzen, dann bitte ich ihn zu erwägen, ob es Recht ist, die formalen Rechte, welche heute nach unserer alten Justizgesetzgebung in Preußen gelüftet werden können, bis zum letzten Termint auszubüten (Sehr richtig!), oder ob es, wenn auch nicht, Ihre gesetzliche Pflicht, so doch mindestens Ihre politische Pflicht ist, heute schon zu handeln, wie Sie vom 1. October 1879 schlechthin angekündigt haben. Wenn Sie das nicht thun, so sollte man meinen, daß selbst das zwar geschehe, aber dennoch genügend Maß von Freiheit und Fortschritt, welches wir durch die Justizgesetze gewonnen haben, gegen Ihre Neigung und gegen Ihren Willen für Deutschland gewonnen ist. (Allseitiger lebhafte Beifall.)

Abg. Hönel: Der Vorredner hat die Gesichtspunkte, welche auch mich und meine Partei bei dieser Angelegenheit leiten, so vollständig entwickelt, daß ich nichts weiter than kann, als zu erklären, daß ich mich voll und ganz seinen Ausführungen anschließe. Insbesondere möchte ich den Appell des Vorredners an den Generalpostmeister auf das Nachdrücklichste unterstützen. Ich möchte ihn bitten, seine Leidenschaftlichkeit, welche er hier an den Tag gelegt hat, mehr gegen eine objective Erwiderung zurücktreten zu lassen. Wenn ihm eine solche Gleichmäßigkeit von allen Seiten des Hauses entgegentritt, von denen er doch annehmen kann, daß sie nicht sein Verfahren missbilligen, dann sollte ich doch meinen, daß er hier hartes Wort: "Ich kann nicht anders" ändern und zu einer objectiven Erwiderung kommen sollte. (Beifall.)

Abg. Liebknecht: Der Generalpostmeister hat die Eindrücke übersehen, den die bureaukratische Erklärung des Präsidenten des Reichstanzleramtes notwendig auf uns machen mußte. (Sehr richtig!) Ich habe ihn auch so verstanden, wie er sich nachher kommentierte, daß er nämlich das Wort "amtliche Kenntnis des Reichstanzlers" accentuierte. Ich meine aber, in solchen prinzipiell wichtigen Fragen wäre es doch nicht unangemessen, wenn der preußische Ministerpräsident dem Reichstanzler und dem preußischen Staatsminister Hofmann dem Präsidenten des Reichstanzleramtes dann und wann amtliche Mitteilungen machen wollte. (Heiterkeit!) Nach der Antwort, welche man auf den zweiten Theil der Interpellation geben wollte, war eine solche Erklärung im ersten Theil überflüssig. Der Generalpostmeister hat mit grossem fiktiven Palbos gesprochen, aber ich muß mich dagegen verwarthen, daß irgend ein, wenn auch noch so hochgestellter Verwaltungsbemüter der Majorität dieses Hauses insinuiert, als ob sie jemals geneigt sei, die Verlegung des Amtsgeheimnisses hier in Schutz zu nehmen. (Sehr wahr!) Bei der Berathung des Reichsjustizgesetzes, wie bei der Berathung des Reichsjustizgesetzes habe ich ausdrücklich erklärt, daß wir nur den Redakteur vor dem Beauftragten schützen wollen in dem Falle, wenn der Inhalt eines Brecherzeugnisses den Gegenstand der Untersuchung bildet, nicht aber wenn der Alt der Veröffentlichung selbst den Bruch eines Amtsgeheimnisses involviert und daran die Untersuchung geht. Einem so weit gehenden Antrag erläutern wir ablehnen zu müssen, weil dadurch in der That die Ordnung des Beamtenbums durchbrochen würde. Das hr. Generalpostmeister, sind unsere Ansichten über die Disciplin des Beamtenbums und deshalb bitte ich, daß Sie uns nicht vorwerfen, wir wollten den Organismus des Beamtenbums aufheben. Aber heißt das denn nun, wenn wir die Disciplin schwächen wollen, daß wir jedes Maß verlieren und nicht mehr fragen, ob Mittel und Zweck in irgend einem Verhältnis stehen? Nach der Deduction des Generalpostmeisters wird namentlich nach seinen letzten Worten folgen, wenn wir nicht am 1. October 1879 glaublicher Weise die neuen Justizgesetze bekennen, daß Dr. Kantecki bis an sein Geschäftshum führt müssen. (Sehr wahr!) Worum handelt es sich in diesem Falle? Der Generalpostmeister spricht zuerst von Verrath, Eidbruch, dann wieder scheint ihm nur eine Unbenommenheit des betreffenden Beamten vorzuliegen, vielleicht nur eine Indiscretion — jedenfalls ist er sich über die Schätzung der Thatsache ein. Der Generalpostmeister spricht zuerst von Verrath, Eidbruch, dann wieder scheint ihm nur eine Unbenommenheit des betreffenden Postbeamten nach dem Strafgesetzbuche straffbar, er ist doch kein Diplomat und nicht im auswärtigen Amt. (Große Heiterkeit!) Also wegen eines Disciplinarvergehens, das vielleicht nicht einmal mit Amtsenthebung zu ahnden ist, lassen Sie einen Redakteur, der sich nicht weiter auslassen will, als es geschehen ist — ich würde es in seiner Stelle gerade so machen (Beifall) — bereits vier Monate sitzen und Sie haben sich bereits darunter engagiert, daß Sie ihn, ohne sich selbst widersetzen zu müssen, wirklich bis zum 1. October 1879 sitzen lassen müssen. (Sehr richtig!) Werden Sie dadurch eine Ansage des Mannes erreichen? Wenn er früher vielleicht geschwankt hätte, jetzt nach den öffentlichen Verhandlungen wird er gewiß nicht aussagen. Wenn Sie selbst so moralisch denken, dann achten Sie doch auch die Moral jener Männer, welche Sie für untergeordnete Menschenklassen zu halten scheinen. Ich glaube auch nicht, daß Sie wissen, gegen welchen Beamten Sie eine Disciplinar-Untersuchung führen wollen. Sie scheinen vorläufig den Beauftragten der Rechtspflege zu begegnen, der Pflichten seines Amtes schwer verletzt, hat Vertrüffel und Eidbruch begangen. Er hat eine geheime Verfügung in das feindliche Lager hinübergewählt in einer Form anzuwenden, die juristisch sehr anfechtbar ist. Sie wollen durch die erzwungene Beugnis des Redakteurs erst herausbringen,

Hierauf wird die Debatte geschlossen und die Interpellation ist somit erledigt. Es folgt die zweite Lesung des Gesetzes und zwar zunächst des Gesetzes des Reichstanzleramtes. Abg. Hönel: Bei Beginn unserer Berathungen übte ich und sprach eine starke Rüge darüber aus, daß der Reichstag 8—10 Tage zu zeitig einberufen sei. Der Reichstanzler schilderte die Uneinigkeit der verschiedenen Ressorts bei den Anmeldungen zum Etat, und wie er nicht im Stande gewesen, die Verhandlungen zeitig zum Abschluß zu führen; deshalb habe man den Reichstag einberufen, obgleich die Verlagen noch nicht fertig ge-

stellt waren. Wir sind leider weder politisch, noch finanziell eine englische Vorherrschaft über auch nur eine englische Gentry; der größte Theil von uns kann hier nur bleiben unter Vernachlässigung amtlicher und häuslicher Pflichten, wir sind trotz aller unserer Anträge immer noch keine dätenlose Versammlung. Wenn nun der Reichskanzler einer so eiferwilligen Versammlung erklärt, daß er uns als Preßmittel für seine Ressorts und Geheimen Räthe gebracht habe, dann frage ich Sie: würde irgend ein Anderer als ein Mann von den kolossal verdiensten des Reichskanzlers eine solche Sprache gegenüber der deutschen Volksvertretung haben führen können? (Sehr richtig!) Jeder andere hätte vor dem Mutter und Unwissenbegungen der Versammlung seine Rede faum brennen können. (Sehr richtig!) Ich bezeichne damit die ganz exceptionelle merkwürdige Stellung, welche nicht das Amt, sondern die Person des Reichskanzlers in unserer Versammlung einnimmt. Die Erklärungen des Reichskanzlers zur Frage der Reichsministerien sind sehr wechselseitig gewesen. Als die freikonservative Partei unter Führung des Grafen Münster und die national-liberale unter Führung Twestens zuerst einen Antrag auf Einführung verantwortlicher Reichsministerien stellten, trat der Reichskanzler demselben mit Schroffheit entgegen. Infolge dessen blieb die Frage liegen. Erst als man zur Einrichtung des Reichsjustizamtes überging, gestand es auf Anregung eines nationalliberalen Mitgliedes, daß der Reichskanzler diesem Gedanken sich günstig erwies, die Übereinstimmung dieses Prinzipes mit der Verfassung anerkannte, die Möglichkeit, ja Nothwendigkeit der Durchführung derselben zugab. Diese günstigen Erklärungen sind leider wiederum zurückgenommen oder doch erheblich modifiziert worden und eine Lösung der Frage in weite Ferne gerückt. Der Reichskanzler griff das Reichseisenbahnamt heraus. Dasselbe ist kein Beispiel, welches uns überzeugen könnte. Sehen wir uns andere Zweige der Reichsverwaltung an, in denen Stoff genug zu Reichsministerien gegeben ist; z. B. die Militärverwaltung. Formell ist das Kriegsministerium allerdings ein preußisches, in Wahrheit aber ist doch das preußische Contingent nur der Kernpunkt des einheitlichen Reichsheeres; das nämliche, sogar ohne diese Vermengung mit einem Particularstaate, gilt von der Marine, der Post- und Telegraphenverwaltung, und im höchsten Maße wohl vom Reichskanzleramt, welches der Reichskanzler ja selbst als das Reichsfinanzministerium bezeichnete. Bei anderen Gelegenheiten hat ja auch der Reichskanzler zugestanden, er könne seine Verantwortlichkeit durchaus nicht mehr auf die eigentliche technische Leitung der einzelnen Ressorts ausdehnen und beschränkte sich ausdrücklich auf drei Dinge: einmal auf die richtige Auswahl der Persönlichkeiten für die eingeladenen Ressorts, sodann auf die Festhaltung der von ihm zu gebenden leitenden Gedanken und endlich auf die Schlichtung der Streitigkeiten. Durch diese Erklärung des Reichskanzlers ist offenbar ein Theil der Verantwortlichkeit bestätigt, ein Theil der Verwaltung nicht mehr durch die Verantwortlichkeit gedeckt. Wenn der Reichskanzler uns gehuldigt hat, in welcher Weise selbstständig seine Ressorts vorgehen, wie sie untereinander und mit ihm selbst in Streit kommen, so ist damit aus dem kundigsten Mund besagt worden, daß so einflußreiche und mächtige Ressorts, die überall sich gedeckt fühlen durch die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers durch eine solche Stellung in ihrem bureauristischen Eigenism, wenn ich das Wort gebrauchen darf, gestärkt werden. (Sehr richtig! links.) Wenn dies unter der Leitung einer Persönlichkeit wie der des Reichskanzlers geschieht, wenn er außerordentlicher Preßmittel bedarf, um das Budget zu einer bestimmten Zeit festzustellen, was geschieht dann, wenn eine solche mächtige Persönlichkeit nicht mehr an der Spitze steht? Dann stehen wir vor einer Zersetzung vieler Spezialressorts, die unter ganz Organisation abgesehen von den konstitutionellen Rechten des Reichstages, dem Reichskanzler und dem Bundesrat gegenüber in die Luft sprengen wird. Als einen zweiten Punkt gegen die Reichsministerien hat der Reichskanzler hervorgehoben, wie man sich denn die Reichsministerien im Verhältniß zu den Ministerien der Einzelstaaten denke, insbesondere zu den preußischen Ministerien. Er hat uns auf die Mittel hingewiesen, die er selbst angewendet, um jede Eiferjagd zwischen dem Particular- und dem Reichsministerium zu be seitigen und den einheitlichen Gang der Geschäfte herzustellen. Zunächst hat er sich selbst an die Spitze des preußischen Ministeriums gestellt. Einen Augenblick hat er an der Richtigkeit der Maßregel gezweifelt und es anders versucht; der Versuch ist misslungen. Dann habe er zweitens einzelne Reichsbeamte als stimmfähige Mitglieder in das preußische Ministerium geschickt und endlich Reichsbeamte mit der Führung preußischer Stimmen im Bundesrat betraut. Darf man von einem minder mächtigen Reichskanzler die Durchsetzung solcher Maßregeln erwarten? Die Widerstandsfähigkeit des preußischen Ministeriums gegen dieselben könnte einmal stärker werden. Wenn der Reichskanzler diesen organisatorischen Fragen gegenüber nicht bei Seiten Stellung nimmt, so unterschlägt er eben den Einfluss seiner Persönlichkeit auf alle diese Dinge. Man pflegt die Frage der Reichsministerien immer als eine Frage der Macht der Volksvertretung zu betrachten, aber es kommt auch die Stärke der Regierung dabei in Betracht. (Sehr wahr! links.) Wir haben es alle zu unserm Schaden erfahren, daß der legitime Einfluss der Reichsregierung auf unsere Verhandlungen nicht genügend war. Bundesräte sprachen in den wichtigsten Fragen zu uns ganz wirkungslos, als wenn ein Mitglied des Hauses seine Privatmeinung äußerte. (Sehr wahr! links); ebenso war es mit den Commissaren des Bundesrates. Daher wurden wir oft von Differenzen mit den Regierungen, an die wir gar nicht dachten, plötzlich überrascht. Wenn dann aller Zusammenhang aufhörte, dann war es der Reichskanzler, welcher erschien und störende Wirkungen auf diese Versammlungen ausübte. (Zustimmung.) Hier handelt es sich um Organisations des legitimen Einflusses der Regierung. Diesen Gesichtspunkt möchte ich besonders den Mitgliedern des Bundesrates empfehlen, welche bisher gemeint haben, die Frage der Reichsministerien enthalte eigentlich im letzten Grunde nur die vorbereitenden Schritte zu einer Concentrirung des Reiches im Sinne des Einheitsstaates. Wenn sich der Bundesrat durch die Reichsministerien nicht in Contact setzt mit dieser Versammlung, so wird sich sein Einfluss von Krisis zu Krisis vermindernd. Wenn ich den dem Reichskanzler näher stehenden Parteien einen Rath zu geben hätte, so wäre es der, dem Reichskanzler immer mehr und mehr drängend zu wiederholen, er möge für die Möglichkeit seines Nachfolgers sorgen. Einen Nachfolger kann der Reichskanzler in einer Person gar nicht haben; er kann nur Errichtungen zum Nachfolger haben, welche auf normale Durchschnittsmenschen berechnet sind. (Beifall links.)

Fürst Bismarck: Wenn der Vorredner von mir die Angabe eines Motives verlangte, das mich bei der frühen Berufung des Reichstages beherrschte habe, so war dies Motiv der Umstand, daß ich es nicht für schädlich fand, einer Versammlung, die einen Etat für ein ganzes Jahr berathen soll, dazu weniger verfassungsmäßig abgeschlossene Zeit zu lassen, als mindestens 4 Wochen. Keinenfalls bitte ich Sie, zu glauben, daß in der ganzen Behandlung der Sache ein Mangel an Achtung vor dem Reichstag für mich leitend gewesen sei. Der Vorredner weiß mir seiner vor, ich hätte in meinen Ausführungen über die Reichsministerien mehrere Male gewechselt. Das ist ja wohl möglich. Ich will Ihnen sogar noch mehr zugeben; ich habe in meinen Ansichten darüber gewechselt. Ich bin nicht unbescheiden genug, mich mit jenem alten heid-

nischen Gott zu vergleichen, aus dessen Kopfe eine Minerva vollständig gehärmlicht hervorprang. Das es Leute mit dieser Bräutenfigur gegeben hat, hat uns die Geschichte namentlich im Jahre 1848 vor Augen geführt, wo in Frankfurt die gescheidtesten, jedenfalls aber die gelehrtesten Leute versammelt waren. Es hatte damals jeder sein Ideal, wie die Sache werden sollte, im Kopfe fertig, aber wie die Schlüchten und Ströme, die zwischen ihm und diesem Ziele lagen, zu bewältigen seien, das überließ er Anderen. Ich halte es also nicht als eine Schande, wenn ich mich auf dem Gebiete der Ausbildung unserer Verfassung lediglich als einen Schüler der Erfahrung betrachte. Im Ganzen aber habe ich doch mit meiner Ansicht über die Möglichkeit, Reichsministerien einzurichten, nicht gewechselt. Es fragt sich nur, mit welchen Attributen sollen sie ausgestattet sein: wollen Sie bei der einheitlichen Verantwortlichkeit eines Premierministers stehen bleiben oder wollen Sie neben ihr 3 bis 4 andere Minister stellen, als gleichberechtigte Factoren, wie es im preußischen Ministerium der Fall ist. Hierüber habe ich niemals meine Meinung gewechselt, sondern an der einheitlichen Verantwortlichkeit sämtlicher Minister unter der Leitung des Reichskanzlers festgehalten. Ich halte eine Verantwortlichkeit, die auf Leuten ruht, welche sich gegen seitig mit Majorität und Minorität überstimmen, doch eigentlich für keine irgendwie fassliche. Wer trägt denn die Verantwortlichkeit für die Beschlüsse des Reichstages? Können Sie dem Einzelnen dafür die Verantwortung aufbürden? Der Einzelne wird sagen: Ich bin überstimmt, oder durch die Majorität gezwungen worden, einen Weg zu gehen, den ich, wenn ich allein zu bestimmen gehabt hätte, nicht gegangen sein würde. Wenn wir bei Stiftung des Norddeutschen Bundes oder bei der Erneuerung der Discussion über diese Materie bei Gelegenheit der Diätentfrage sofort verantwortliche Minister in concurrenzierender Stellung zum Bundesrat und zu den Landesministerien eingefest hätten, ist es mir sehr fraglich, ob wir so weit wären, wie wir es jetzt sind. Das deutsche Reich in seiner jetzigen Gestalt ist erst fünf Jahre alt. Das ist für den Menschen das Kindesalter und Staaten machen langsam als Menschen. Ich traue unserer Verfassung eine Bildungsfähigkeit ähnlich der englischen durch organische Entwicklung des Bestehenden in der Richtung nach vorwärts, durch Erreichung des augenblicklich Möglichen und durch Vermeidung des Gefährlichen zu. Das der Bundesrat zu Gunsten von Reichsministern Rechte aufgegeben müste, ist ja ganz klar; die Rechte sind aber verfassungsmäßig verbürgt und können nur unter Zustimmung der Regierungen modifiziert werden. Ist aber diese Zustimmung wahrscheinlich zu erreichen? Sie wissen, daß 14 Stimmen im Bundesrat verfassungsmäßig im Stande sind, eine Verfassungsänderung zu hindern. Sind Sie nicht Alle überzeugt, daß diese 14 Stimmen zum Widerspruch gegen eine Einrichtung, durch welche der Einfluss der Einzelregierungen wesentlich geschwächt würde, sich unbedingt finden würden? Ich halte es überhaupt für gefährlich, daß wir aus den Verfassungsänderungen eigentlich gar nicht herauskommen, daß wir der Verfassung nicht Zeit lassen, einmal zu Atem zu kommen, wenn auch auf einer unvollkommenen Etappe. Wenn das Reichsministerium im Bundesrat die Sitz und Stimme haben soll, so kann es doch, wenn nicht eine völlige Verfassungsänderung noch mehr Stimmenthalt an Preußen geben, überstimmt werden. Ebenso gut wie in der Frage des Sitzes des Bundesgerichts Preußen überstimmt worden ist. Das Ministerium ist dann noch in einer viel schwierigeren Lage. Ihnen gegenüber zu vertreten, wofür es nicht gekümmert hat. Wir kommen hier nur als Mitglieder des Bundesrats vor Sie, ob als Mitglieder der Minorität oder der Majorität, das ist doch irrelevant, wenn dabei auch die Minorität das Recht hat, ihre Meinung zu vertreten, wie ich nicht zweifle, daß die preußische Regierung das in der Frage des Sitzes des obersten Reichsgerichts ja ohne Zweifel thun wird. (Bewegung.) Die Ministerien des Reiches, wie sie jetzt bestehen, theilen sich in ein außwärtiges Amt. Das wird wahrscheinlich immer das sein, dem der Kanzler am nächsten tritt, wo er dem auswärtigen Minister, der wir unter dem Namen des Staatssekretärs, ähnlich wie wir unter dem Namen des Finanzministers in England haben, am meisten über die Schultern in das Papier hineinsieht. Wie sehr ich mit Ihnen einverstanden bin, den Ministercharakter dieser höchsten Reichsbeamten heranzutragen zu lassen, geht daraus hervor, daß ich stets darauf halte, die Person und nicht das Amt unterzeichnen zu lassen, damit die Verantwortlichkeit erhöht werde. Ich bin der Überzeugung, daß das preußische Handelsministerium an und für sich incongruent zusammengelebt ist, weil es unmöglich ist, daß ein und dieselbe Minister die technischen Fragen des Bergbaues und der Fabrikation und die des Handels und Verkehrs gleichsam in einer Person bekleiden soll. Es müßte also ebensoviel wie das Finanz-Ministerium aufgelöst werden. Sie werden jedenaus gezwungen werden, in den höchsten Verwaltungszweigen die Stellen zu vermehren. Wir leben im Reich noch größtenteils von Alleen, die wir an Arbeitskräften bei Preußen und anderen Staaten machen. Das preußische Finanzministerium bedarf meiner Meinung nach einer Theilung in die eigentliche Finanzpartei und in die Partei der Steueranpassung. Das preußische Staatsgericht, Domänen, Forsten, Bergwerke u. s. w. müßten aus der eigentlichen Finanzverwaltung ausscheiden. Der so übrig bleibende Stammbaum des Finanzministeriums müßte in ein sehr viel näheres Verhältniß zu den Reichsfinanzen treten. Wir haben früher in Preußen zwei Justizministerien gehabt, das eine für die Verwaltung, das andere für die Geprägung. Also auch dort könnte ein Reichsjustizminister mit dem preußischen Justizminister in ein nahes Verhältniß treten, in dasselbe Collegium treten, ohne sich gegenseitig in ihrer Thätigkeit zu hemmen. Ich möchte nun bitten, daß die öffentliche Meinung nicht etwa in den Irrthum verfällt, daß ich daran dachte, die Sätze, die ich soeben mehr als eine Kritik des Bestehenden wie das Bild des zu Erstrebenden gegeben habe, heute oder morgen zu realisieren. Ich halte es überhaupt nicht für möglich, energetisch nach einer solchen Richtung vorwärts zu gehen. Die Gegenwart gibt uns Stoff genug zu Debatten. Ein Rückblick auf die Vergangenheit wird Ihnen zeigen, daß die junge deutsche Einheit in 10 Jahren und namentlich in den 5 Jahren, seitdem wir das Reich in seiner Vollständigkeit haben, in seinem Wachsthum Fortschritte gemacht hat, auf die wir früher nicht gehofft haben. Verlassen wir nicht der Theorie zu Liebe die Weg, der uns praktisch weiter geführt hat, und wollen wir schneller vorwärts kommen, so ist das beste Mittel dazu das einheitliche Zusammenschmelzen zunächst des Reichstages und der verbündeten Regierungen, dann aber auch des Reichstages in sich. (Beifall)

Abg. Lasker: Wenn der Reichskanzler die Frage theoretisch behandelt, so wird wohl sein Professor ihn in der Discussion besiegen können, aber unsere Aufgabe ist es, Schäden, die wir gleichsam durch unsre Sinneswerkzeuge wahrnehmen, durch praktische Politik zu befehligen. Der Reichskanzler sagte neulich, wir könnten ja die Bundesvertretung als Reichsministerium gebildet haben. Der Präsident des Reichskanzleramts Hofmann antwortete gestern dem Interpellanten v. Komierowski, 1) daß der Fall amtlich erst durch die Interpellation zur Kenntnis des Reichskanzlers gekommen sei; 2) daß der Reichskanzler den preußischen Gerichten keine Weisungen ertheilen könne und auch nicht gemäß sei, den Administrativbehörden in den Maßregeln, welche sie nach pflichtmäßigen Ermessens im Interesse des Dienstes und der

Disciplin treffen, hindernd in den Weg zu treten. Natürlich konnte diese Antwort das Haus nicht befriedigen. Die Bemerkung ad 1 wurde sogar von dem Abg. v. Schorlemer als „unrichtig und unwahr“ bezeichnet. Selbstverständlich folgte Präsident v. Forckenbeck dem hinzu, daß er annehme, der Redner habe nicht etwa eine subjective Unwahrheit unterstellen wollen. Herr Hofmann stellte aber auch die objective Unwahrheit in Abrede, indem er erklärte, daß er in seiner Antwort natürlich nur von dem Reichskanzler als Reichskanzler, nicht als preußischen Ministerpräsidenten (dem der Fall ja längst amtlich bekannt geworden) gesprochen habe. Diese künstliche Unterscheidung in so ernster Angelegenheit rief eine minutiöse Sensation hervor. Nicht viel glücklicher als der Präsident des Reichskanzleramts war der Generalpostmeister Stephan. Er stellte sich ausschließlich auf den Standpunkt des Interesses der Disciplin. Die fragliche Verfügung könne dem Redakteur Kantei nur durch Bruch des Amtsgeheimnisses seitens eines Postbeamten zugekommen sein; ob durch diesen Beamten selbst oder durch eine Mittelperson, sei gleichgültig. Er sprach das Verfahren gegen Kantei den Charakter der Härte, so falls die Verantwortung dafür nicht auf die Verwaltung des gesamten deutschen Reiches nötig ist, denn dieselbe soll nicht blos formell, sondern faktisch sein. Der Reichskanzler meint, daß wir mit den Resultaten der wenigen Jahre seit dem Bestehen des deutschen Reiches wohl zufrieden sein könnten, aber es ist dies nicht blos das Resultat der letzten Jahre, sondern es ist begründet in der Summe nationaler Kraft, nationalen Willens und Strebens, welche vor dem Jahre 1870 aufgebaut waren. Es ist ganz naturgemäß, daß bei uns diese treibenden Kräfte im Abnehmen begriffen sind, denn wir arbeiten auch seit langer Zeit mit der Regierung in einer Weise, wie sie in keinem andern parlamentarischen Staate siehe, indem wir wohl die Verantwortung mit ihr tragen müssen, aber mit der traurigen Gewissheit, daß wir keinen Einfluss haben, die Regierung dahin zu lenken, wohin wir sie haben wollen. Aber der Appell des Reichskanzlers soll nicht vergebens gewesen sein, und wir werden, so lange unsere Kraft reicht, unsere Dienste zu Gebote stellen; der Reichskanzler aber mag überzeugt sein, daß wir weder aus theoretischen Gründen noch aus vorübergehender Unkenntniß seiner Dienste bestellt werden, die mit politischen Kräften und eigener Verantwortlichkeit für sich selbst eintreten können und nicht blos von dem überlegenen Richter des Reichskanzlers beschienen werden. (Beifall)

Fürst Bismarck: Ich will mit dem Vorredner über das Maß der Arbeit, wie es zwischen mir und ihm verhältniß steht, nicht rechnen; daß er ein sehr leistungsfähiger Arbeiter ist, erkenne ich an den Schwierigkeiten, die er meiner Ausführung seit 10 Jahren ab und zu bereitet hat, und auch an seiner wirtschaftlichen Unterstützung. Was aber die Kräfte eines Mannes aufstrebten, ist nicht die mechanische Arbeit, sondern das Gefühl der Verantwortlichkeit über das Wohl und Wehe nicht blos der eigenen Person und Familie, sondern des Vaterlandes im Ganzen. Der Vorredner sieht in der Thatfrage, daß er stets die Seele der Regierung ist, handelt, wenn wir dennoch glauben, es könne nur dann ein befriedigendes Verhältniß hergestellt werden, wenn für die einzelnen Departements solche Personen bestellt werden, die mit politischen Kräften und eigener Verantwortlichkeit für sich selbst eintreten können und nicht blos vom dem überlegenen Richter des Reichskanzlers beschienen werden. (Beifall)

Fürst Bismarck: Ich will mit dem Vorredner über das Maß der Arbeit, wie es zwischen mir und ihm verhältniß steht, nicht rechnen; daß er ein sehr leistungsfähiger Arbeiter ist, erkenne ich an den Schwierigkeiten, die er meiner Ausführung seit 10 Jahren ab und zu bereitet hat, und auch an seiner wirtschaftlichen Unterstützung. Was aber die Kräfte eines Mannes aufstrebten, ist nicht die mechanische Arbeit, sondern das Gefühl der Verantwortlichkeit über das Wohl und Wehe nicht blos der eigenen Person und Familie, sondern des Vaterlandes im Ganzen. Der Vorredner sieht in der Thatfrage, daß er stets die Seele der Regierung ist, handelt, wenn wir dennoch glauben, es könne nur dann ein befriedigendes Verhältniß hergestellt werden, wenn für die einzelnen Departements solche Personen bestellt werden, die mit politischen Kräften und eigener Verantwortlichkeit für sich selbst eintreten können und nicht blos vom dem überlegenen Richter des Reichskanzlers beschienen werden. (Beifall)

Fürst Bismarck: Ich will mit dem Vorredner über das Maß der Arbeit, wie es zwischen mir und ihm verhältniß steht, nicht rechnen; daß er ein sehr leistungsfähiger Arbeiter ist, erkenne ich an den Schwierigkeiten, die er meiner Ausführung seit 10 Jahren ab und zu bereitet hat, und auch an seiner wirtschaftlichen Unterstützung. Was aber die Kräfte eines Mannes aufstrebten, ist nicht die mechanische Arbeit, sondern das Gefühl der Verantwortlichkeit über das Wohl und Wehe nicht blos der eigenen Person und Familie, sondern des Vaterlandes im Ganzen. Der Vorredner sieht in der Thatfrage, daß er stets die Seele der Regierung ist, handelt, wenn wir dennoch glauben, es könne nur dann ein befriedigendes Verhältniß hergestellt werden, wenn für die einzelnen Departements solche Personen bestellt werden, die mit politischen Kräften und eigener Verantwortlichkeit für sich selbst eintreten können und nicht blos vom dem überlegenen Richter des Reichskanzlers beschienen werden. (Beifall)

Fürst Bismarck: Ich will mit dem Vorredner über das Maß der Arbeit, wie es zwischen mir und ihm verhältniß steht, nicht rechnen; daß er ein sehr leistungsfähiger Arbeiter ist, erkenne ich an den Schwierigkeiten, die er meiner Ausführung seit 10 Jahren ab und zu bereitet hat, und auch an seiner wirtschaftlichen Unterstützung. Was aber die Kräfte eines Mannes aufstrebten, ist nicht die mechanische Arbeit, sondern das Gefühl der Verantwortlichkeit über das Wohl und Wehe nicht blos der eigenen Person und Familie, sondern des Vaterlandes im Ganzen. Der Vorredner sieht in der Thatfrage, daß er stets die Seele der Regierung ist, handelt, wenn wir dennoch glauben, es könne nur dann ein befriedigendes Verhältniß hergestellt werden, wenn für die einzelnen Departements solche Personen bestellt werden, die mit politischen Kräften und eigener Verantwortlichkeit für sich selbst eintreten können und nicht blos vom dem überlegenen Richter des Reichskanzlers beschienen werden. (Beifall)

Fürst Bismarck: Ich will mit dem Vorredner über das Maß der Arbeit, wie es zwischen mir und ihm verhältniß steht, nicht rechnen; daß er ein sehr leistungsfähiger Arbeiter ist, erkenne ich an den Schwierigkeiten, die er meiner Ausführung seit 10 Jahren ab und zu bereitet hat, und auch an seiner wirtschaftlichen Unterstützung. Was aber die Kräfte eines Mannes aufstrebten, ist nicht die mechanische Arbeit, sondern das Gefühl der Verantwortlichkeit über das Wohl und Wehe nicht blos der eigenen Person und Familie, sondern des Vaterlandes im Ganzen. Der Vorredner sieht in der Thatfrage, daß er stets die Seele der Regierung ist, handelt, wenn wir dennoch glauben, es könne nur dann ein befriedigendes Verhältniß hergestellt werden, wenn für die einzelnen Departements solche Personen bestellt werden, die mit politischen Kräften und eigener Verantwortlichkeit für sich selbst eintreten können und nicht blos vom dem überlegenen Richter des Reichskanzlers beschienen werden. (Beifall)

Fürst Bismarck: Ich will mit dem Vorredner über das Maß der Arbeit, wie es zwischen mir und ihm verhältniß steht, nicht rechnen; daß er ein sehr leistungsfähiger Arbeiter ist, erkenne ich an den Schwierigkeiten, die er meiner Ausführung seit 10 Jahren ab und zu bereitet hat, und auch an seiner wirtschaftlichen Unterstützung. Was aber die Kräfte eines Mannes aufstrebten, ist nicht die mechanische Arbeit, sondern das Gefühl der Verantwortlichkeit über das Wohl und Wehe nicht blos der eigenen Person und Familie, sondern des Vaterlandes im Ganzen. Der Vorredner sieht in der Thatfrage, daß er stets die Seele der Regierung ist, handelt, wenn wir dennoch glauben, es könne nur dann ein befriedigendes Verhältniß hergestellt werden, wenn für die einzelnen Departements solche Personen bestellt werden, die mit politischen Kräften und eigener Verantwortlichkeit für sich selbst eintreten können und nicht blos vom dem überlegenen Richter des Reichskanzlers beschienen werden. (Beifall)

Fürst Bismarck: Ich will mit dem Vorredner über das Maß der Arbeit, wie es zwischen mir und ihm verhältniß steht, nicht rechnen; daß er ein sehr leistungsfähiger Arbeiter ist, erkenne ich an den Schwierigkeiten, die er meiner Ausführung seit 10 Jahren ab und zu bereitet hat, und auch an seiner wirtschaftlichen Unterstützung. Was aber die Kräfte eines Mannes aufstrebten, ist nicht die mechanische Arbeit, sondern das Gefühl der Verantwortlichkeit über das Wohl und Wehe nicht blos der eigenen Person und Familie, sondern des Vaterlandes im Ganzen. Der Vorredner sieht in der Thatfrage, daß er stets die Seele der Regierung ist, handelt, wenn wir dennoch glauben, es könne nur dann ein befriedigendes Verhältniß hergestellt werden, wenn für die einzelnen Departements solche Personen bestellt werden, die mit politischen Kräften und eigener Verantwortlichkeit für sich selbst eintreten können und nicht blos vom dem überlegenen Richter des Reichskanzlers beschienen werden. (Beifall)

Fürst Bismarck: Ich will mit dem Vorredner über das Maß der Arbeit, wie es zwischen mir und ihm verhältniß steht, nicht rechnen; daß er ein sehr leistungsfähiger Arbeiter ist, erkenne ich an den Schwierigkeiten, die er meiner Ausführung seit 10 Jahren ab und zu bereitet hat, und auch an seiner wirtschaftlichen Unterstützung. Was aber die Kräfte eines Mannes aufstrebten, ist nicht die mechanische Arbeit, sondern das Gefühl der Verantwortlichkeit über das Wohl und Wehe nicht blos der eigenen Person und Familie, sondern des Vaterlandes im Ganzen. Der Vorredner sieht in der Thatfrage, daß er stets die Seele der Regierung ist, handelt, wenn wir dennoch glauben, es könne nur dann ein befriedigendes Verhältniß hergestellt werden, wenn für die einzelnen Departements solche Personen bestellt werden, die mit politischen Kräften und eigener Verantwortlichkeit für sich selbst eintreten können und nicht blos vom dem überlegenen Richter des Reichskanzlers beschienen werden. (Beifall)

Fürst Bismarck: Ich will mit dem Vorredner über das Maß der Arbeit, wie es zwischen mir und ihm verhältniß steht, nicht rechnen; daß er ein sehr leistungsfähiger Arbeiter ist, erkenne ich an den Schwierigkeiten, die er meiner Ausführung seit 10 Jahren ab und zu bereitet hat, und auch an seiner wirtschaftlichen Unterstützung. Was aber die Kräfte eines Mannes aufstrebten, ist nicht die mechanische Arbeit, sondern das Gefühl der Verantwortlichkeit über das Wohl und Wehe nicht blos der eigenen Person und Familie, sondern des Vaterlandes im Ganzen. Der Vorredner sieht in der Thatfrage, daß er stets die Seele der Regierung ist, handelt, wenn wir dennoch glauben, es könne nur dann ein befriedigendes Verhältniß hergestellt werden, wenn für die einzelnen Departements solche Personen bestellt werden, die mit politischen Kräften und eigener Verantwortlichkeit für sich selbst eintreten können und nicht blos vom dem überlegenen Richter des Reichskanzlers beschienen werden. (Beifall)

Fürst Bismarck: Ich will mit dem Vorredner über das Maß der Arbeit, wie es zwischen mir und ihm verhältniß steht, nicht rechnen; daß er ein sehr leistungsfähiger Arbeiter ist, erkenne ich an den Schwierigkeiten, die er meiner Ausführung seit 10 Jahren ab und zu bereitet hat, und auch an seiner wirtschaftlichen Unterstützung. Was aber die Kräfte eines Mannes aufstrebten, ist nicht die mechanische Arbeit, sondern das Gefühl der Verantwortlichkeit über das Wohl und Wehe nicht blos der eigenen Person und Familie, sondern des Vaterlandes im Ganzen. Der Vorredner sieht in der Thatfrage, daß er stets die Seele der Regierung ist, handelt, wenn wir dennoch glauben, es könne nur dann ein befriedigendes Verhältniß hergestellt werden, wenn für die einzelnen Departements solche Personen bestellt werden, die mit politischen Kräften und eigener Verantwortlichkeit für sich selbst eintreten können und nicht blos vom dem überlegenen Richter des Reichskanzlers beschienen werden. (Beifall)

Fürst Bismarck: Ich will mit dem Vorredner über das Maß der Arbeit, wie es zwischen mir und ihm verhältniß steht, nicht rechnen; daß er ein sehr leistungsfähiger Arbeiter ist, erkenne ich an den Schwierigkeiten, die er meiner Ausführung seit 10 Jahren ab und zu bereitet hat, und auch an seiner wirtschaftlichen Unterstützung. Was aber die Kräfte eines Mannes aufstrebten, ist nicht die mechanische Arbeit, sondern das Gefühl der Verantwortlichkeit über das Wohl und Wehe nicht blos der eigenen Person und Familie, sondern des Vaterlandes im Ganzen. Der Vorredner sieht in der Thatfrage, daß er stets die Seele der Regierung ist, handelt, wenn wir dennoch glauben, es könne nur dann ein befriedigendes Verhältniß hergestellt werden, wenn für die einzelnen Departements solche Personen bestellt werden, die mit politischen Kräften und eigener Verantwortlichkeit für sich selbst eintreten können und nicht blos vom dem überlegenen Richter des Reichskanzlers beschienen werden. (Beifall)

Fürst Bismarck: Ich will mit dem Vorredner über das Maß der Arbeit, wie es zwischen mir und ihm verhältniß steht, nicht rechnen; daß er ein sehr leistungsfähiger Arbeiter ist, erkenne ich an den Schwierigkeiten, die er meiner Ausführung

Gestern Nachmittag 6½ Uhr wurde meine
liebe Frau von einem muntern Mädchen
glücklich entbunden.

2082)

Gramse,
Post-Sekretär.

Statt jeder besonderen Anzeige.

Heute Abend 11¼ Uhr wurde uns eine
Tochter geboren.

Neufahrwasser, den 13. März 1877.

Baumeister Camper

und

Frau Margarethe, geb. Lindenberg.

Schiff-Auction.

Mittwoch, den 21. März a. e., Mittags
1 Uhr, werden die Unterzeichneten vereidigte
Meister in hiesiger Börse im Auftrage
der Riederei in öffentlicher Auction gegen
baare Zahlung an den Meistbietenden ver-
kaufen:

Das im Jahre 1860 in Memel von
Eichenholz eisenfest erbauete Danziger
Barkschiff

„Der Friede“

nebst dem dazu gehörigen Inventarium,
beides in dem Zustande, wie es sich
zur Zeit befindet.

Das Schiff ist auf 419 Register Tons
= 1185 Cubicmeter vermessen, ladet
circa 600 Loads flichten Holz resp.
30 Kett Steinkohlen.

Das Schiff liegt im Kielgraben, wo es
von Kaufleuchtern in Augenschein genom-
men werden kann. Das Inventarium-Ber-
zeichniss liegt bei dem unterzeichneten A.
Wagner zur Einsicht.

Der Schlußtermin findet selbigen Tages
Abends 6 Uhr in der Börse statt. Der Zu-
schlag erfolgt innerhalb 24 Stunden nach
dem Schlußtermin, und bleibt Meistbietender
bis dahin an sein Gebot gebunden.

Bieter haben eine Caution von 2000 M.

zu deponieren
Sämtliche Kosten dieses Verkaufsver-
fahrens, sowie die Übertragung des Besitz-
titels traut Käufer.

Otto Hundt. A. Wagner.

Besitzer von Berlin-Stettiner
Eisenbahn-Aktionen

machen wir darauf aufmerksam, daß vom
26. März bis 7. April er., neue Aktionen
ausgegeben werden, und empfehlen uns zum
Bezug derselben resp. zum Verkauf des
Bezugsanrechts.

Baum & Liepmann,
2091 Langenmarkt 18.

Alter, gelag. Rothwein,
a fl. 1 M. gut gelagerte Cigarren ver-
kaufe räumungsh. 100 Stück für 2 M. 50 D.
C. Sohlinkowski, Fischmarkt 26.

Eleme Rosinen,
in Küsten und ausgewogen, empfiehlt billigst
Otto Frost.

Grünen Jaba-Kaffee
pro Pf. 1 M. 23 D. empfiehlt

Otto Frost. Breitg. 89.

Wollsäcke
(Sofort und später zu liefern) von schwerem
Körper, Tarpanning, Pomm. Leinen und von
Hessians.

3 Scheffl. Tarpanning, Twill- u. Drillich-
säße incl. Signatur zu sehr billig. Preisen.
Probefindungen nach auswärts franco.

Otto Retzlaff, Fischmarkt
No. 16/17.

Einige Hundert gebrauchte Musikstücke
(aus der Leihanstalt), Salonstücke,
Länge ic. zu 2 und 4 Händen, verkaufe
ich, um damit zu räumen, per Bogen
mit 10 D. Hermann Lau, Musikalien-Handlung,
74. Langgasse 74. (2081)

Billige Mauerlatten
werden täglich in allen Dimensionen im
Jugendstilischen Holzraum (Hintern
Lazarus) verkauft. (2106)

Zu melden beim Herrn Raum-Inspector
Ziemer.

Trockene Kieserbretter,
Elternbretter und Schalen (von pol-
nischem Kumbholz geschnitten) werden auf der
Lieckl'schen Mühle in „Leg an“ täglich
billig verkauft. (2107)

50000 Ziegelsteine

werden verlangt und können sofort geliefert
werden. (2090)

Näheres Unterkunftsmeidegasse 18.

Ein großes starkes Arbeits-
pferd wird zu kaufen ge-
sucht. Adressen mit Angabe des
Preises und Alters werden unter
No. 2097 in der Expedition dieser
Stg. erbeten.

Ein gutes Pianino ist für 3 M. monat-
lich zu vermieten bei J. Ziems, Heil.
Geistgasse No. 22. (1933)

Aus meiner Original-Allgauer-Rind-
vieh-Herde sind 25 bis 30 Stück

Jungvieh
zum Theil gedeckt, zu verkaufen.
Seehausen bei Rehden, Westpr.
1944) C. Schneider.

Ein ev. Hausl., Secund., zugl. in d. Mus.
unterr., bittet zum 1. f. Mts., um ein
Placement auf d. L. Näheres bei Haus-
lehrer Speer, 4. Damm 5. (2080)

Bei Bedarf von Koscher-Wurst, wie auch
Öster-NDW-Wurst halte mich bestens
empfohlen und offeriere das Pfund Gervelat-
wurst franco mit 75 Pf., Fettwurst franco
mit 90 Pf.

Simon Jacobsohn,
Wurstfabrikant in Jordon.

1786)

Im großen Saale des Gewerbehause
am 18. März 1877, 7 Uhr Abends:

CONCERT

ausgeführt von Schülern der conservatorischen Musik-Schule des Unterzeichneten, unter
gütiger Mitwirkung der Opernsänger Herrn Braun und Herrn Eggers.

- I.
1. Ouverture zur Oper: „Die diebische Elster“, für 4 Hände.
2. Lied: „Neues Leben“, v. Lammers, Herr Eggers.
3. Cis-moll-Sonate, Beethoven, für 2 Hände.
4. Lied: „Das Herz am Rhein“, von Brandes, Herr Braun.
5. Ouverture von Leutner, für 8 Hände.

- II.
6. Sonate von Diabelli, für 4 Hände.
7. Lied: Wiedersehen, v. Liebe, Herr Eggers.
8. Stabat Mater, Rossini, für 2 Hände.
9. Lied: Der Himmel im Thal, v. Lammers, Herr Braun.
10. Fantasie über: Der Freischütz, von Alberti, für 8 Hände.

F. Wawrowski.

Danziger Actien-Bier-Brauerei.

Die Actionaire der Danziger Actien-Bier-Brauerei werden hiermit auf Antrag der
Direction gemäß § 25 des Statuts zu einer

Mittwoch, den 28. März er.,

Nachmittags 5 Uhr,

im oberen Saale der „Concordia“, Langenmarkt No. 15, 2te Etage, stattfindenden
aussorordentlichen Generalversammlung

eingeladen.

Tagesordnung:

1) Bericht über die Geschäftslage.

2) Allgemeine Discussion.

Diejenigen Actionaire, welche sich an dieser Generalversammlung betheiligen wollen,
haben ihre Aktionen, und außerdem, wenn sie nicht persönlich erscheinen, die Vollmachten
oder sonstigen Legitimations-Urkunden ihren Vertreter spätestens bis

Montag, den 26. März er.,

auf unserem Bureau, Jopengasse 4, zu deponieren oder in derselben Frist die Bescheinigung
über anderweitige Deposition einzureichen und dagegen ihre Einlaßkarten zur
Generalversammlung in Empfang zu nehmen. Gegen Rückgabe dieser Einlaßkarten sind
Donnerstag, den 29. März er., von 9–12 Uhr Vormittags, die Aktionen resp. Depositions-
Bescheinigungen auf unserem Bureau, Jopengasse No. 4, wieder in Empfang zu nehmen.

Danzig, den 14. März 1877.

Der Aussichtsrath
der Danziger Actien-Bier-Brauerei.

Petschow. Bertram. Böhm.

Gartenbau-Verein zu Danzig.

Vom 29. d. Mrs. bis incl. 3. April d. J. findet in dem Concert-Saal
des Franziskaner-Klosters eine

pflanzen- und Blumen-Ausstellung

statt. Programme und Bedingungen sind durch den Schriftführer Herrn
O. Ehrlich, Alter Engel, zu beziehen, und müssen an diesen die Anmeldung
bis zum 15. d. M. eingehen. Um recht rege Beteiligung der Herren Privat-
und Handelsgärtner wird ergebnst gebeten.

Der Vorstand.

Oberhemden

hält in großer Auswahl gewaschen und ungewaschen
auf Lager und fertigt auf Bestellung
unter Garantie des Gutsizens
nach dem neuesten und besten
Schnitt.

N. T. Angerer,

Leinen-Handlung, Wäsche-Fabrik,
Langenmarkt No. 35.

Ruß- u. Brennholz-Auction.

Freitag, den 16. März 1877, Vormittags 10 Uhr, werde ich auf den
Holzfelde Kneipen No. 37, im Aufrage an den Meistbietenden verkaufen.

Ca.	300	Klafter Rundholz, Balken u. Klobenhölz,
"	60	Schöck 1 u. 1½ " Sleeperdienle,
"	10	3 " Sleeperböhlen,
"	5000	fuß 3 " Böhnen, 12 " breit, in versch. Längen,
"	5000	½ n. ¾ " Kreuzhölzer
"	20000	1½ " Fichten-Dielen,
"	5000	1 " Tannen-Dielen,
1 Partie	5/5, 6/6, 7/7 u. 8/8 "	Mauerlatten.

Den Zahlungs-Termin werde ich den mir bekannten Käufern bei der Auction
anzeigen.

Joh. Jao. Wagner Sohn, Auctionator

Bureau: Danzig, Handelsgasse No. 111.

Montag, den 19. März er.,

Nachts 7 Uhr,

im Apollo-Saal des Hotel du Nord

CONCERT

von Fräulein Hedwig Holtz (Pianistin)
und Fräulein Nissenberg (Concertsängerin)
aus Berlin,

unter gütiger Mitwirkung des Herrn Mu-

ller Director Markull.

1. Sonate op. 53 C-dur Beethoven.

2. Arie aus Fidelio Beethoven.

3. a) Moment musicals Schubert.

b) Etude E-dur ans op. 10 Chopin.

c) Scherzo A-moll Kullaf.

4. a) Er ist gekommen R. Franz.

b) Schöne Wiege meiner Leiden Schumann.

c) Rheinisches Volkslied Mendelssohn.

5. Hochzeitsmarsch u. Elfenreigen aus Son-

mernachtstraum, von Liszt arrangirt.

Billets a 3 M. 2.50 und 1.50 sind bei

Constantin Maissen, Musikalien-Hand-
lung, zu haben.

10

Montag, den 19. März er.,

Nachts 7 Uhr,

im Apollo-Saal des Hotel du Nord

CONCERT

von Fräulein Hedwig Holtz (Pianistin)

und Fräulein Nissenberg (Concertsängerin)

aus Berlin,

unter gütiger Mitwirkung des Herrn Mu-

ller Director Markull.

1. Sonate op. 53 C-dur Beethoven.

2. Arie aus Fidelio Beethoven.

3. a) Moment musicals Schubert.

b) Etude E-dur ans op. 10 Chopin.

c) Scherzo A-moll Kullaf.

4. a) Er ist gekommen R. Franz.

b) Schöne Wiege meiner Leiden Schumann.

c) Rheinisches Volkslied Mendelssohn.

5. Hochzeitsmarsch u. Elfenreigen aus Son-

mernachtstraum, von Liszt arrangirt.

11

Montag, den 19. März er.,

Nachts 7 Uhr,

im Apollo-Saal des Hotel du Nord

CONCERT

von Fräulein Hedwig Holtz (Pianistin)

und Fräulein Nissenberg (Concertsängerin)

aus Berlin,

unter gütiger Mitwirkung des Herrn Mu-

ller Director Markull.

12</p

Beilage zu No. 10244 der Danziger Zeitung.

Danzig, 14. März 1877.

Danzig, 14. März.

* [Stadtverordneten-Sitzung vom 13. März.] (Schluß.) Der Magistrat batte seinem Antrage, betreffend die Aufhebung der Pensionsbeiträge von den städtischen Beamten, die dazu Veranlassung bildende Petition der Directoren und Lehrer an den höchsten Unterrichts-Aufstalten im Original beigelegt. Nach Verlesung derselben nimmt zunächst das Wort Herr Dr. Hein: Der Magistrat habe sowohl in der Vorlage wie in dem soeben verlesenen Bericht über den Stand der Gemeinde-Angelegenheit anerkannt, daß die Forderungen der Petenten durchaus berechtigte seien. Über auch die Notwendigkeit spreche für dieselben. Die Zustände am Gymnasium seien bereits derart, daß man nicht länger säumen dürfe, die Gleichstellung der städtischen Lehrer mit den Lehrern an den Staatsaufstalten vorzunehmen. Das Lehrpersonal sei in fast fortwährendem Wechsel begriffen und diese Unstetigkeit erzeuge natürlicherweise fortwährende Schwankungen in der Unterrichtsmethode. Für einzelne Fächer seien geeignete Lehrer unter den lebenden Gehälts-Behältnissen absolut nicht zu gewinnen gewesen, man habe zu Hilfslehrern seine Zuflucht nehmen müssen, auch wenn dieselben für einzelne Lehrfächer nicht die erforderliche Qualification gehabt hätten. Das finanzielle Opfer, welches die Einführung des Normal-Besoldungsplanes erweisen, sei auch nicht so sehr groß; es würden beispielsweise 2400 M. genügen, um die Lehrer des städtischen Gymnasiums denen des Königl. Gymnasiums gleichzustellen. Redner beantragt, die Vorlage wegen Aufhebung der Pensionsbeiträge der Etats-Commission, die Petition aber dem Magistrat zur Berücksichtigung bei dem Staat pro 1877/78 zu überweisen. — Herr Dr. Wallenberg hält es nicht nur für ein Gebot der Gerechtigkeit, sondern auch der Notwendigkeit, den Forderungen der Petenten zu entsprechen. Die Lehrer an den städtischen Aufstalten müßten sich gegen ihre Collegen an den gleichartigen Staats-Instituten zurückgesetzt fühlen, wenn sie in ihrer Besoldung denselben nachständen. Die Stadt werde mit Aufrechterhaltung des bisherigen Zustandes außer Stande sein, tüchtige Lehrer bieher zu ziehen und zu fesseln, und damit werde der Versfall dieser so frequenten Aufstalten herbeigeführt. Fast alle Städte, mit wenigen Ausnahmen, hätten aus dieser Erwägung den staatlichen Normal-Besoldungsplan eingeführt, Danzig könne nicht vereinzelt bleiben, um so weniger, seit hier gleichzeitig eine lgl. Aufstalt besteht, deren Lehrer durch Überfüllung der Klassen weniger in Anspruch genommen seien, als die städtischen. Als ein Beispiel der Folgen des jetzigen Zustandes führe er an, daß von Ostern ab das städtische Gymnasium unter 22 Lehrern nur 9 ordentliche und 13 Hilfslehrer zählen werde. Da der Magistrat aus finanziellen Gründen zögere, den Wünschen der Petenten zu entsprechen, müsse die Versammlung einen Druck auf denselben ausüben. Ganz eigenhändig erreichne ihm die Vorlage. Er sei im Besitz einer genauen Zusammenstellung über die Differenz, welche zwischen den städtischen Gehältszinsen und dem staatlichen Normalbesoldungsplan bestehen; danach würden nur 7956 M. erforderlich sein, um für die Directoren und ordentlichen Lehrer den Normal-Etat einzuführen. Ueber die wissenschaftlichen Lehrer hinauszugehen sei zur Zeit keine zwingende Veranlassung, denn bei den Elementarlehrern falle eben die Concurrenz mit dem Staat und den anderen Orten, welche den Normal-Besoldungsplan eingeführt haben, fort. Dieser sollte er vorläufig ausnehmen; ebenso wenig aber liege bis jetzt eine zwingende Veranlassung vor, die Pensionsbeiträge für sämtliche städtische Beamte fallen zu lassen. Der Magistrat würde also mit 7956 M. dem Widerstande abgeholfen haben, statt dessen bringe er eine Vorlage ein, die ein Opfer von 9060 M. erforderne und das Nebel fortsetzen lasse. — Herr Damme wendet sich zunächst gegen die in der Debatte erwähnten Wohnungsgeldzuschüsse. Der Begriff der Wohnungsgeldzuschüsse sei im Staatswesen zur Ausgleichung der sozialen Ungleichheiten berechtigt, in die Kommunal-Bewaltung gehöre er nicht hin. Auch bei den hier in Nede stehenden Lehrern wolle er die Bezeichnung Wohnungsgeldzuschüsse für Gehalts-Aufbesserungen absolvieren haben, denn auch die Lehrer sollten sich bewußt bleiben, daß sie Beamte der Stadt seien, sich nicht als eine besondere Kaste betrachten, die nur unter staatlicher Autorität stände. In der Sache selbst müsse er den Vorredner beitreten, so wenig er es auch sonst für die Aufgabe der Stadtverordneten-Versammlung halte, den Magistrat an Ausgaben zu drängen. Die Stadt müsse mit dem Staat in Bezug auf ihr Beamtenpersonal concurrieren, sie könne sich im gegebenen Falle nicht der Gleichstellung entziehen. Die Finanzzuricht werde immer zutreffen, denn die Anforderungen würden in jedem Jahr größer, so daß ein Sinken der Steuern wohl kaum eintreten könne. Den Steuerzahlen sei nicht damit gedient, hier zu sparen und die Aufstalten versessen zu lassen. Was die Pensionsbeiträge anbetrifft, so habe er mit einer gewissen Betriebslust deren Aufhebung sich vollziehen gesehen. Er habe es für

sittlich und wirthschaftlich gehalten, daß der Beamte für seine Altersversorgung auch etwas beitrage. Aber nachdem die Aufhebung allgemein erfolgt sei, dürfe auch die Stadt nicht länger damit jörgern. Mit Recht habe Herr Oberbürgermeister v. Winter die Bedeutung der Pensionsbeiträge heutzutage als einen „antediluvianischen Zustand“ bezeichnet. Der Beamte, der sich zu einer biesigen Communalstelle melle, könne doch kaum annehmen, daß jener Zustand hier noch herrsche, nachdem er allgemein bestätigt sei. Redner beantragt, die Pensionsbeiträge nach dem Antrag des Magistrats für alle städtischen Beamten aufzuheben und die Gehälter der Lehrer an den drei höheren Unterrichts-Aufstalten so weit zu erhöhen, daß sie den sammlichen Bezügen der Staatslehrer gleichstehen. — Herr Bürgermeister Mechach versichert, daß er weit davon entfernt sei, pro domo sprechen zu wollen. Der Magistrat sei der selben Ansicht, die hier über die Berechtigung der Forderungen der Petenten ausgesprochen; er habe nur geglaubt, jetzt mit dieser Forderung auf die Zustimmung der Versammlung nicht rechnen zu dürfen. Wolle die Versammlung schon jetzt zu dem auf die Dauer doch Unabwendbaren sich entschließen, so werde der Magistrat das mit Dank begreifen und mit Freuden die Wünsche der Petenten erfüllen. Herrn Dr. Wallenberg gegenüber müsse er berücken, daß man die Aufhebung der Pensionsbeiträge nicht auf die wissenschaftlichen Lehrer beschränken könne. Die Elementarlehrer und alle übrigen Beamten würden sofort, und mit dem gleichen Recht, denselben Anspruch erheben. Im Interesse der Ordnung lasse sich also die Theilung nicht durchführen. — A. Klein beantragt, die Magistratsvorlage sowohl als die Petition mit sämtlichen hente dazu gestellten Anträgen der Etats-Commission zu überweisen. Zur Stellung dieses Antrages habe er sich gleich nach Beginn der Debatte zum Wort gemeldet. Die bisherige Debatte habe ihn in dieser Absicht bestärkt. Auch er halte es für unabwendbar, dem Antrage der Petenten, und zwar im Interesse der Aufstalten selbst, zu entsprechen, hätte aber gewünscht, daß die Gründe dafür erst in einer Commission geltend gemacht, die Finanzfrage dort eingehend abgewartet würde. Der Schul-Etat befindet sich bereits in den Händen der Etats-Commission, der Haupt-Etat gelange dahin. Dort könnte die Berechnung über die Höhe des Kosten-Aufwandes gemacht und das Material für die Beschlusstafel der Versammlung vorbereitet werden. — Herr Dr. Pivato stimmt diesem Antrage zu, will aber nur noch darauf hinweisen, daß das königl. Gymnasium auch bezüglich seiner Einrichtungen und der Unterrichtsmittel weit günstiger gestellt sei, als die städtischen Aufstalten. Der Kontakt zwischen beiden Aufstalten könnte leicht eine vermindernde Frequenz der städtischen Institute zur Folge haben, was finanzielle Ausfälle herbeiführen würde. Es sei schon deshalb gleichfalls für Erhöhung und Wollen nur noch auf die Mahnung in dem Magistratsbericht hinzuweisen, daß übertriebene Sparfamilie das Gegenstück von Sparfamilie sei, da sie in der Folge um so höhere Ausgaben herbeiführe. — Nach einigen kurzen Bemerkungen der Herren Dr. Semon und Bürgermeister Klein über die durch Zuschlag zum Gehalt herbeizuführende Compensation für den staatlichen Wohnungsgeld-Zuschuß wird der Antrag auf Überweisung sämtlicher Vorlagen und Anträge an die Etats-Commission einstimmig angenommen. — Bei der vorhergegangenen Vorlage des Haupts-Etats erschien Herr Damme den Magistrat für die Zukunft auf eine frühzeitige Vorlegung des Etats hinzuwirken. Die Etats-Commission und die Versammlung gebrauchten mindestens einen Monat, um die Etats durchzuberaten und festzustellen. Er verkenne nicht die Schwierigkeit, welche die frühzeitige Etats-Aufstellung darbiete, indem sei es notwendig, daß die Versammlung die Vorlagen früher erhalten. Herr Bürgermeister Mechach erwirbt, daß die große Überhäufung der Kasse mit Arbeitern beim Jahreswechsel die Etats-Vorlagen diesmal verzögert habe. Für die Zukunft werde es der Magistrat an früherer Fertigstellung der Etats nicht fehlen lassen.

Anmeldungen beim Danziger Standesamt.

13. März.

Geburten: Arbeiter Carl Adolph Klose, T. — Schneider Ed. Joh. Gottfr. Fass, S. — Bäcker August Rownietz, T. — Schuhmacher Rud. Krausoff, T. — Schmid Erdmann Aug. Behrendt, S. — Reisschläger Friedr. Wilh. Pieper, T. — Pr.-Lient. Oscar Schröder, S. — Lehrer Friedr. Wilh. Heyne, T. — Schmid John Friedr. Bendig, T. — Arb. Aug. Wilh. Jurgis, S. — Uebel. Kinder: 2 S., 4 T.

Aufgebote: Arb. Gottlieb Beranski mit Anna Magdalena Pinkert. — Wachtmann Aug. Werdermann mit Anna Marie Höhn. — Lehrer Friedr. Fischer in Magdeburg mit Selma Pauline Bierichel. — Müller Heinrich Ferdinand Görz in Steegen mit Marie Louise Jacobson, daselbst. — Kaufmann Gustav Ab. Illmann mit Rosa Selma Hellwig in Neuteich. — Schuhmacher

vom 13. März vom Staat garantiert.

+ Bitten vom Staat garantiert.

Berliner Börsenhörse vom 13. März 1877.

Die Physiognomie der heutigen Börse war vorwiegend matt. Die Speculation beharrt in beobachtender Reserve und auf dem Capitalanlagenmarkt scheitert jeder regere Geschäftsvorkehr an der Theilnahmeleistung des Publicums. Von den internationalen Speculations-

papieren war unter andern österreichische Staatsbahn nicht ganz unbelebt. Lombarden zeigten sich verhältnismäßig fest. Die österreichischen Nebenbahnen blieben meist in Notierungen unverändert. Galizier befundenen nur schwache Haltung. Die localen Speculationseffecten

könnten, wie teilweise schon erwähnt, die gestrigen Notierungen nicht voll behaupten. Auswärtige Staatsanleihen ließen in den Notierungen nach, wurden aber nur in sehr geringem Maße umgesetzt. Preußische und andere deutsche Staatspapiere ruhig, aber fest, in gleicher

Tendenz zeigten sich auch die Eisenbahnprioritäten. Auf dem Eisenbahnpapiermarkt griff die matte Stimmung immer weiter um sich. Banfactien ruhig, aber ziemlich fest. Industriepapiere befreiten sich nur wenig am Verkehr. Biehhof nicht unbedeutend höher.

(Müll-Zeitung).

+ Bitten vom Staat garantiert.

Berlin, 12. März. (F. Spohnholz.) Am heutigen

Märkte standen zum Verkauf: 1809 Rinder, 6912

Schweine, 1496 Kälber, 4588 Hammel. Das Geschäft war in allen Viehgattungen flau und so lange die Speermazregeln der Rinderpreise wegen nicht aufzuhören, wird der freie Handelsverkehr gehemmt und das Geschäft nicht lebhafter. Bezahl wurde heute für Rinder erste Sorte 60 M., zweite 48-51 M., geringe 36 M. Schweine 57-54-45 M. Kälber von 66-55-48 M. Hammel wurden heute Ware 45-50-54-60 M. das Paar bezahlt, Mittel und geringe Sorten viel billiger. Alles für 50 Kilo Fleischgewicht. Geräumt ist alles, nur Schweine und Schafe nicht.

(Müll-Zeitung).

+ Bitten vom Staat garantiert.

Berlin, 12. März. (F. Spohnholz.) Am heutigen

Märkte standen zum Verkauf: 1809 Rinder, 6912

Schweine, 1496 Kälber, 4588 Hammel. Das Geschäft war in allen Viehgattungen flau und so lange die Speermazregeln der Rinderpreise wegen nicht aufzuhören, wird der freie Handelsverkehr gehemmt und das Geschäft nicht lebhafter. Bezahl wurde heute für Rinder erste Sorte 60 M., zweite 48-51 M., geringe 36 M. Schweine 57-54-45 M. Kälber von 66-55-48 M. Hammel wurden heute Ware 45-50-54-60 M. das Paar bezahlt, Mittel und geringe Sorten viel billiger. Alles für 50 Kilo Fleischgewicht. Geräumt ist alles, nur Schweine und Schafe nicht.

(Müll-Zeitung).

+ Bitten vom Staat garantiert.

Berlin, 12. März. (F. Spohnholz.) Am heutigen

Märkte standen zum Verkauf: 1809 Rinder, 6912

Schweine, 1496 Kälber, 4588 Hammel. Das Geschäft war in allen Viehgattungen flau und so lange die Speermazregeln der Rinderpreise wegen nicht aufzuhören, wird der freie Handelsverkehr gehemmt und das Geschäft nicht lebhafter. Bezahl wurde heute für Rinder erste Sorte 60 M., zweite 48-51 M., geringe 36 M. Schweine 57-54-45 M. Kälber von 66-55-48 M. Hammel wurden heute Ware 45-50-54-60 M. das Paar bezahlt, Mittel und geringe Sorten viel billiger. Alles für 50 Kilo Fleischgewicht. Geräumt ist alles, nur Schweine und Schafe nicht.

(Müll-Zeitung).

+ Bitten vom Staat garantiert.

Berlin, 12. März. (F. Spohnholz.) Am heutigen

Märkte standen zum Verkauf: 1809 Rinder, 6912

Schweine, 1496 Kälber, 4588 Hammel. Das Geschäft war in allen Viehgattungen flau und so lange die Speermazregeln der Rinderpreise wegen nicht aufzuhören, wird der freie Handelsverkehr gehemmt und das Geschäft nicht lebhafter. Bezahl wurde heute für Rinder erste Sorte 60 M., zweite 48-51 M., geringe 36 M. Schweine 57-54-45 M. Kälber von 66-55-48 M. Hammel wurden heute Ware 45-50-54-60 M. das Paar bezahlt, Mittel und geringe Sorten viel billiger. Alles für 50 Kilo Fleischgewicht. Geräumt ist alles, nur Schweine und Schafe nicht.

(Müll-Zeitung).

+ Bitten vom Staat garantiert.

Berlin, 12. März. (F. Spohnholz.) Am heutigen

Märkte standen zum Verkauf: 1809 Rinder, 6912

Schweine, 1496 Kälber, 4588 Hammel. Das Geschäft war in allen Viehgattungen flau und so lange die Speermazregeln der Rinderpreise wegen nicht aufzuhören, wird der freie Handelsverkehr gehemmt und das Geschäft nicht lebhafter. Bezahl wurde heute für Rinder erste Sorte 60 M., zweite 48-51 M., geringe 36 M. Schweine 57-54-45 M. Kälber von 66-55-48 M. Hammel wurden heute Ware 45-50-54-60 M. das Paar bezahlt, Mittel und geringe Sorten viel billiger. Alles für 50 Kilo Fleischgewicht. Geräumt ist alles, nur Schweine und Schafe nicht.

(Müll-Zeitung).

+ Bitten vom Staat garantiert.

Berlin, 12. März. (F. Spohnholz.) Am heutigen

Märkte standen zum Verkauf: 1809 Rinder, 6912

Schweine, 1496 Kälber, 4588 Hammel. Das Geschäft war in allen Viehgattungen flau und so lange die Speermazregeln der Rinderpreise wegen nicht aufzuhören, wird der freie Handelsverkehr gehemmt und das Geschäft nicht lebhafter. Bezahl wurde heute für Rinder erste Sorte 60 M., zweite 48-51 M., geringe 36 M. Schweine 57-54-45 M. Kälber von 66-55-48 M. Hammel wurden heute Ware 45-50-54-60 M. das Paar bezahlt, Mittel und geringe Sorten viel billiger. Alles für 50 Kilo Fleischgewicht. Geräumt ist alles, nur Schweine und Schafe nicht.

(Müll-Zeitung).

+ Bitten vom Staat garantiert.

Berlin, 12. März. (F. Spohnholz.) Am heutigen

Märkte standen zum Verkauf: 1809 Rinder, 6912

Schweine, 1496 Kälber, 4588 Hammel. Das Geschäft war in allen Viehgattungen flau und so lange die Speermazregeln der Rinderpreise wegen nicht aufzuhören, wird der freie Handelsverkehr gehemmt und das Geschäft nicht lebhafter. Bezahl wurde heute für Rinder erste Sorte 60 M., zweite 48-51 M., geringe 36 M. Schweine 57-54-45 M. Kälber von 66-55-48 M. Hammel wurden heute Ware 45-50-54-60 M. das Paar bezahlt, Mittel und geringe Sorten viel billiger. Alles für 50 Kilo Fleischgewicht. Geräumt ist alles, nur Schweine und Schafe nicht.

(Müll-Zeitung).

+ Bitten vom Staat garantiert.

Berlin, 12. März. (F. Spohnholz.) Am heutigen

Märkte standen zum Verkauf: 1809 Rinder, 6912

Schweine, 1496 Kälber, 4588 Hammel. Das Geschäft war in allen Viehgattungen flau und so lange die Speermazregeln der Rinderpreise wegen nicht aufzuhören, wird der freie Handelsverkehr gehemmt und das Geschäft nicht lebhafter. Bezahl wurde heute für Rinder erste Sorte 60 M., zweite 48-51 M., geringe 36 M. Schweine 57-54-45 M. Kälber von 66-55-48 M. Hammel wurden heute Ware 45-50-54-60 M. das Paar bezahlt, Mittel und geringe Sorten viel billiger. Alles für 50 Kilo Fleischgewicht. Geräumt ist alles, nur Schweine und Schafe nicht.

(Müll-Zeitung).

+ Bitten vom Staat garantiert.

Berlin, 12. März. (F. Spohnholz.) Am heutigen

Märkte standen zum Verkauf: 1809 Rinder, 6912

Schweine, 1496 Kälber, 4588 Hammel. Das Geschäft war in allen Viehgattungen flau und so lange die Speermazregeln der Rinderpreise wegen nicht aufzuhören, wird der freie Handelsverkehr gehemmt und das Geschäft nicht lebhafter. Bezahl wurde heute für Rinder erste Sorte 60 M., zweite 48-51 M., geringe 36 M. Schweine 57-54-45 M. Kälber von 66-55-48 M. Hammel wurden heute Ware 45-50-54-60 M. das Paar bezahlt, Mittel und geringe Sorten viel billiger. Alles für 50 Kilo Fleischgewicht. Geräumt ist alles, nur Schweine und Schafe nicht.

(Müll-Zeitung).

+ Bitten vom Staat garantiert.

Berlin, 12. März. (F. Spohnholz.) Am heutigen

Märkte standen zum Verkauf: 1809 Rinder, 6912

Bekanntmachung.

In dem Concurre über das Vermögen der Handels-Gesellschaft Haushalt und Schimmelmann hier selbst ist zur Anmeldung der Forderungen der Concurrensläbiger noch eine zweite Frist bis zum 9. April d. J. einschließlich festgelegt worden. Die Gläubiger, welche ihre Ansprüche noch nicht angemeldet haben, werden aufgefordert, dieselben, sie mögen bereits rechthängig sein oder nicht, mit dem dafür verlangten Vorrecht bis zu dem gedachten Tage bei uns schriftlich oder zu Protokoll anzumelden.

Der Termin zur Prüfung aller in der Zeit vom 15. December 1876 bis zum Ablauf der zweiten Frist angemeldeten Forderungen ist auf

den 17. April er.

Vormittags 10 Uhr,

vor dem Commissar Herrn Kreisgerichts-Rath Krebs im Terminkammer No. 4 anberaumt und werden zum Er scheinen in diesem Termine die sämtlichen Gläubiger aufgefordert, welche ihre Forderungen innerhalb einer der Fristen angemeldet haben.

Wer seine Anmeldung schriftlich einreicht, hat eine Abschrift derselben und ihrer Anlagen beizufügen.

Jeder Gläubiger, welcher nicht in unserm Amtsbezirk seinen Wohnsitz hat, muss bei der Anmeldung seiner Forderung einen am hiesigen Drei wohnhaften, oder zur Praxis bei uns berechtigten auswärtigen Bevollmächtigten bestellen und zu den Akten anzeigen.

Denjenigen, welchen es hier an Bekanntschafft fehlt, werden die Rechtsanwälte, Justizräthe Hartwich und Bant zu Sachwaltern vorgeschlagen.

Marienburg, den 6. März 1877.

Königliches Kreis-Gericht.

1. Abtheilung. (1925)

On dem Concurre über das Vermögen des Kaufmanns Fedor Seichter zu Thorn ist zur Anmeldung der Forderungen der Concurrensläbiger noch eine zweite Frist bis zum 4. April d. J. einschließlich festgelegt worden. Die Gläubiger, welche ihre Ansprüche noch nicht angemeldet haben, werden aufgefordert, dieselben, sie mögen bereits rechthängig sein oder nicht, mit dem dafür verlangten Vorrecht bis zu dem gedachten Tage bei uns schriftlich oder zu Protokoll anzumelden.

Der Termin zur Prüfung aller in der Zeit vom 2. März d. J. bis zum Ablauf der zweiten Frist angemeldeten Forderungen ist auf

den 6. April 1877.

Vormittags 11½ Uhr,

vor dem Commissar Herrn Kreisgerichts-Rath Plehn im Sitzungsraale anberaumt und werden zum Er scheinen in diesem Termine die sämtlichen Gläubiger aufgefordert, welche ihre Forderungen innerhalb einer der Fristen angemeldet haben.

Wer seine Anmeldung schriftlich einreicht, hat eine Abschrift derselben und ihrer Anlagen beizufügen.

Jeder Gläubiger, welcher nicht in unserem Amtsbezirk seinen Wohnsitz hat, muss bei der Anmeldung seiner Forderung einen am hiesigen Drei wohnhaften, oder zur Praxis bei uns berechtigten auswärtigen Bevollmächtigten bestellen und zu den Akten anzeigen.

Wer dies unterlässt, kann einen Beschluss aus dem Grunde, weil er dazu nicht vor geladen worden, nicht ansetzen. Denjenigen, welchen es hier an Bekanntschafft fehlt, werden die Rechtsanwälte, Justiz-Rath Bant, Wart, Reichert und Schrage zu Sachwaltern vorgeschlagen.

Thorn, den 5. März 1877.

Königl. Kreis-Gericht.

1. Abtheilung. (2016)

Nothwendige Subhaftstation.

Das dem Rentier David Unger aus Marienwerder gehörige, in Abbau Dt. Eylau belegene, im Hypothekenbuch von Dt. Eylau, Band VI., Blatt 259 verzeichnete Grundstück soll

am 24. April 1877,

Vormittags 11 Uhr,

an ordentlicher Gerichtsstelle versteigert und das Urtheil über die Ertheilung des Bu schlags

am 26. April 1877,

Vormittags 10 Uhr,

ebendaselbst verkündet werden.

Es beträgt

a) die Größe 95 Hektar 37 Are,

b) der Neinertrag, nach welchem das Grundstück zur Grundsteuer verauflagt ist 638/100 R. und

c) der Nutzungswert, nach welchem das Grundstück zur Gebädesteuer veranlagt ist 85 R.

Der das Grundstück betreffende Auszug aus der Steuerrolle und beglaubigte Abförsit des Grundbuchblattes können in unserem Bureau eingesehen werden.

Alle Denjenigen, welche Eigenthum oder anderweite, zur Wirksamkeit gegen Dritte der Eintragung in das Hypothekenbuch bedürfen, aber nicht eingetragene Realrechte geltend zu machen haben, werden hierdurch aufgefordert, dieselben zur Vermeidung der Präclusion spätestens im Versteigerungs-Termin anzumelden.

Dt. Eylau, den 6. März 1877.

Kgl. Kreis-Gerichts-Commission.

Der Subhaftationsrichter. (1908)

5% Pfandbriefe

und

5% Hypotheken-Anttheil-

Scheine

der Norddeutschen Grund-Credit-Bank in Berlin werden als solide und sichere Kapitals-anlage empfohlen und sind zum Tageskurs der Berliner Börse ohne Berechnung von Nebengebühren zu beziehen bei

H. Ruhn & Schneidemühl,

Neuteich.

Die zum 1. April d. J. fälligen Coupons obiger Hypotheken-Anttheilscheine werden schon vom 15. d. Mts. ab bei uns eingelöst. (2031)

Militär-Examina.

Gründliche Vorbereitung f. alle u. f. Prima-Pension. — Neuer Coursus am 1. April.

Bromberg. v. Grabowski, Maj. z.D.

Protokoll anzumelden.

Carl Rabe, Langgasse No. 52.

Debitores.

Creditores.

am 31. December 1876.

3,127,750 | 70

1,250 | 05

13,866 | 91

21,168 | 83

28,000 | —

1,667 | 49

94 | 71

3,127,750 | 70

12,500 | —

71 | —

46,660 | —

1 | —

1040. 17 | —

ab: Zinsen von 36,900 | —

Breslauer Stadt-Obligationen v. 1. Oct. bis 31. Dec.

1876 à 1 1/8 % | 415. 12 | 625 | 05

Reservesfonds-Conto | | | 13,866 | 91

Creditoren | | | 21,168 | 83

Dividenden-Conto | | | 28,000 | —

Tantième-Conto | | | 1,667 | 49

Gewinn- und Verlust-Conto | | | 94 | 71

3,127,750 | 70

12,500 | —

71 | —

46,660 | —

1 | —

1040. 17 | —

ab: Zinsen von 36,900 | —

Breslauer Stadt-Obligationen v. 1. Oct. bis 31. Dec.

1876 à 1 1/8 % | 415. 12 | 625 | 05

Reservesfonds-Conto | | | 13,866 | 91

Creditoren | | | 21,168 | 83

Dividenden-Conto | | | 28,000 | —

Tantième-Conto | | | 1,667 | 49

Gewinn- und Verlust-Conto | | | 94 | 71

3,127,750 | 70

12,500 | —

71 | —

46,660 | —

1 | —

1040. 17 | —

ab: Zinsen von 36,900 | —

Breslauer Stadt-Obligationen v. 1. Oct. bis 31. Dec.

1876 à 1 1/8 % | 415. 12 | 625 | 05

Reservesfonds-Conto | | | 13,866 | 91

Creditoren | | | 21,168 | 83

Dividenden-Conto | | | 28,000 | —

Tantième-Conto | | | 1,667 | 49

Gewinn- und Verlust-Conto | | | 94 | 71

3,127,750 | 70

12,500 | —

71 | —

46,660 | —

1 | —

1040. 17 | —

ab: Zinsen von 36,900 | —

Breslauer Stadt-Obligationen v. 1. Oct. bis 31. Dec.

1876 à 1 1/8 % | 415. 12 | 625 | 05

Reservesfonds-Conto | | | 13,866 | 91

Creditoren | | | 21,168 | 83

Dividenden-Conto | | | 28,000 | —

Tantième-Conto | | | 1,667 | 49

Gewinn- und Verlust-Conto | | | 94 | 71

3,127,750 | 70

12,500 | —

71 | —

46,660 | —

1 | —

1040. 17 | —

ab: Zinsen von 36,900 | —

Breslauer Stadt-Obligationen v. 1. Oct. bis 31. Dec.

1876 à 1 1/8 % | 415. 12 | 625 | 05

Reservesfonds-Conto | | | 13,866 | 91

Creditoren | | | 21,168 | 83

Dividenden-Conto | | | 28,000 | —

Tantième-Conto | | | 1,667 | 49

Gewinn- und Verlust-Conto | | | 94 | 71

3,127,750 | 70

12,500 | —

71 | —

46,660 | —

1 | —

1040. 17 | —

ab: Zinsen von 36,900 | —

Breslauer Stadt-Obligationen v. 1. Oct. bis 31. Dec.

1876 à 1 1/8 % | 415. 12 | 625 | 05